

## **Her mit dem guten Leben statt Wärmedämmung des Kapitalismus**

### **Feministische Kritik und Gegenentwürfe zur Green Economy**

Christa Wichterich

*Green New Deal* und *Green Economy* sollen die Antwort auf die Dreifachkrise der Energieversorgung, des Klimas und des Finanzmarkts sein. Es riecht nach Umbruch und Neuanfang. Doch wo sind die Brüche und was ist neu? Aus geschlechterpolitischer Perspektive lauten die Gretchenfragen an jeden Gesellschaftsvertrag und jedes neue ökonomische Modell: Wie hält der Deal es mit der Spaltung zwischen Sorge- und Marktökonomie und der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung? Welche Antworten hat er auf die Machtasymmetrien zwischen Männern und Frauen, zwischen sozialen Klassen, Nord und Süd? Wie sorgt er für die Einlösung sozialer Rechte, hier und global, von allen? Welches Naturverhältnis legt er zugrunde?

#### **Ein New Deal für Wachstum und Wohlstand – auf wessen Kosten?**

Der alte *New Deal* des US-amerikanischen Ökonomen Keynes und des demokratischen Präsidenten Roosevelt hatte nach der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre mit staatlichen Eingriffen in die Märkte eine Dynamik von Beschäftigung, sozialem Fortschritt für die Arbeiterklassen im Westen und hohen Wachstumsraten geschaffen. Wie der alte so setzt auch der neue Deal auf staatliche Steuerung der Märkte und will vor allem eins: Wachstum ankurbeln, diesmal durch ökologische Modernisierung. Anders als der alte hat der *Green New Deal* dagegen in bezug auf soziale Fragen erhebliche Schlagseite: es geht um eine „ökologische Erneuerung der Wirtschaft“. Was aber wird aus dem Sozialen in einer Zeit, wo in allen Gesellschaften die Ungleichheiten wachsen, wo durch Sparpolitik soziale Rechte beschnitten und individuelle Eigenverantwortung gefordert wird, wo die Prekarisierung der weltweite Trend in der Erwerbsarbeit ist, während Konzernprofite und Bankergehälter bereits wieder aufwind haben, wo der Standortwettbewerb den Kampf um Ressourcen und Land im globalen Süden verschärft?

Die Grüne Ökonomie will Investitionen in Schlüsselsektoren wie die Energieeffizienz von Gebäuden und erneuerbare Energien umlenken, in der Hoffnung, damit Beschäftigung zu schaffen und Umweltkrisen zu managen. Im Glauben an eine Entkopplung des Wachstums vom Ressourcenverbrauch durch Effizienzgewinne und Technologie sollen Jobs und Wachstum in grüne Sektoren verschoben und ein Wachstum der Grenzen erzielt werden. Damit bleibt das Wachstumsdogma ebenso unangetastet wie das kapitalistische Grundprinzip, Geld und immer mehr Geld anzuhäufen. Mit dem Versprechen auf neue Jobs in der begrüneten Wirtschaft, vor allem in Dienstleistungen ist dieses Konzept für Gewerkschaften, aber auch für Frauen, die im grünen Technologie- und Energiesektor tätig sein wollen, anschlussfähig. Doch Antworten auf die vieldimensionale Gerechtigkeitsfrage, dass nämlich von allen Umwelt- und Wirtschaftskrisen soziale Klassen, Geschlechter, der Norden und der Süden unterschiedlich betroffen sind und auch unterschiedliche Verantwortung tragen, hält der wärme gedämmte Kapitalismus nicht bereit.

Auch der viel gerühmte alte *New Deal* hatte seinen sozialen und ökologischen Preis: Produktivitätssteigerungen, „Vollbeschäftigung“ und Sozialstaatlichkeit in der goldenen Phase des Kapitalismus, die aus dem *New Deal* im Norden resultierte, gingen zu Lasten der Umwelt und des globalen Südens, wo natürliche und menschliche Ressourcen überausgebeutet wurden, und zu Lasten der Ehefrauen der weißen Ernährermänner, deren bezahlte Vollbeschäftigung auf der unbezahlten Vollbeschäftigung der Frauen im Haushalt, ihrem Ausschluss aus dem Erwerbsmarkt oder ihrer Marginalisierung als Zuverdienerin basierte.

Aus feministischer, ökologischer und internationalistischer Perspektive ist deshalb eine Neuauflage eines Vertrags auf Grundlage der geschlechts- und global hierarchischen Arbeitsteilung nicht wünschenswert.

### **Versorgen und vorsorgen, teilen und umverteilen**

Feministische Soziologinnen und Ökonominnen kritisieren dagegen seit langem, dass die Marktlogik von Wachstum, Effizienzsteigerung und Rendite eine strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber den Menschen, dem Sozialen und der Natur bedingt, die die lebendigen Grundlagen allen Wirtschaftens untergräbt und zwangsläufig in eine Krise nach der anderen führen muss.

Deshalb denken sie gegen den Strich, nämlich in alternativen Wirtschaftsmodellen, deren Dreh- und Angelpunkte nicht Wachstum und Profit sind, sondern das ureigenste Prinzip allen Wirtschaftens, zu versorgen, Bedürfnisse zu befriedigen und Wohlbefinden zu erzeugen. Diese Idee einer Versorgungswirtschaft (*caring economy*) findet sich in einem breiten Spektrum feministischen Denkens wieder, vom Subsistenzansatz von Maria Mies, Vandana Shiva und Veronika Bennholdt-Thomsen bis zu Genevieve Vaughans „Schenk-Ökonomie“, von J-K. Gibson-Grahams post-kapitalistischer Ökonomie bis zu Ariel Sallehs politischer Ökologie. Damit dies nicht zu Lasten anderer und der Natur geht, spielen „moralische“ Prinzipien der Kooperation und Wechselseitigkeit als Gegenstück zum Konkurrenzstress, aber auch Suffizienz und eine ressourcensparsame und erhaltende „ökologische Integrität“ als Gegenmodell zur Naturbeherrschung durch Technologien und Effizienzstrategien eine wichtige Rolle. Wachstum und Wohlstand sind vom Maßstab des Brutto-Inlandsprodukts, von Geld und nur materiellen Gütern abgelöst.

Zu Beginn standen die mikro-ökonomische Ebene und die Alltagspraxis von Frauen im globalen Süden im Zentrum. Konzepte von *livelihood* - Lebensabsicherung – oder Subsistenz vermittelten zwischen Ökonomie und Ökologie. Heute ist das Konzept von Ernährungssouveränität, das auf Ressourcenrechten, Gemeinschaftsgütern und demokratischer Selbstbestimmung basiert, solch ein Gegenmodell zum universell gewordenen 3-W-Entwicklungsmodell, das auf BIP-Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Weltmarkt orientiert.

Für ihre Kritik der Makro-Ökonomie nehmen feministische Ökonominnen ebenfalls Versorgung, die Einlösung von Menschenrechten und die Vorsorge als Schutz vor Schäden als Maßstab. Wenn dem Wohlergehen und der Reproduktion von Gesellschaft und Natur der Vorrang vor Wachstum und Profit gegeben wird, dann müssen Handels-, Steuer- und Finanzpolitik neu konzipiert werden. Bedarfsorientierte Wirtschaft bedeutet, dass die gesamte Wirtschaft vom spekulativen Kopf auf die versorgenden Füße zurückgestellt werden muss. Mit Lebensnotwendigem – Nahrungsmitteln, Natur, Renten – darf nicht spekuliert und gezockt werden. Die Fixierung auf Exportproduktion oder Ressourcenextraktivismus als Wachstumsweg muss aufgebrochen und auf dezentrale Versorgungsstrategien mit Energie, Nahrung, Wasser und anderen existentiellen Gütern umgesteuert werden. Auf dem erreichten hohen Produktivitätsniveau bei knapper werdenden Ressourcen sind Teilen und Umverteilen die wichtigsten Ausgleichsprinzipien.

Zentral ist in den feministischen Alternativentwürfen, dass es nicht um eine Angleichung von Frauen an den gewinn- und geldorientierten *homo economicus* geht, sondern um einen Bruch mit der Marktlogik von Wachstum zum Zweck der Geldakkumulation. Die essentialistischen Obertöne von weiblicher Fürsorgemoral oder ökofeministischer Naturnähe, die einige Konzepte prägten, sind im Laufe der Jahre schwächer geworden.

## Übergänge zum anderen Wirtschaften organisieren

Um Wirtschafts- und Naturverhältnisse sozial-ökologisch umzugestalten, braucht es Einstiegspunkte und Übergangsstrategien. In der Alltagspraxis experimentieren viele Projekte mit alternativen Ansätzen, von der städtischen Landwirtschaft und interkulturellen Gärten, die überwiegend von Frauen gestaltet werden, bis zu Genossenschaften, lokalen Währungen und Finanzkooperativen. Dies sind Versuchsanordnungen, um Wege aus dem immer umfassenderen Markt- und Wachstumssystem zu identifizieren und Synapsen umzustöpseln. Denn dieses System ist ja nicht nur ein Produktions-, Eigentums- und Naturverhältnis, sondern auch ein Wertesystem im Alltag und ein Bewusstseinsverhältnis. Subjektivitäten müssen sich ebenso verändern materielle Strukturen.

Die Hoffnung auf den einen Königinnenweg oder ein universelles Rezept zum Ausstieg ist längst aufgegeben. Die vielen aus feministischer Perspektive entworfenen Übergangsstrategien zu einer Versorgungsökonomie kreisen um drei Kernelemente. Der erste Eckpunkt dieses Dreiecks ist eine Umverteilung und Umbewertung aller Arbeit, von sorgeorientierter und marktförmiger, unbezahlter und bezahlter Arbeit, basierend auf einer Neudefinition von Arbeit, die nicht nur von Markt und Effizienz bestimmt ist, sondern Sorge- und Subsistenzarbeit sowie Formen informeller Arbeit, der Naturnutzung und Ressourcensparens einschließt und Geschlechterstereotypen aufbricht.

Das zweite Kernelement einer Versorgungsökonomie ist der Rückbau von Produktion, Handel und Konsum mit einem Schrumpfen der ressourcen-, energie- und emissionsintensiven Überproduktionsindustrien, z.B. der Autoindustrie. Hand in Hand damit sollen auch die Rohstoffjagd und die Ausplünderung von Billigarbeitskräften im Süden, aber ebenso der „imperiale Lebensstil“ der globalen überkonsumierenden Mittelschichten schrumpfen. Wachsen müssen dagegen die Versorgungs- und Erhaltungssektoren, die derzeit mangelhaft ausgestattet und unterfinanziert sind.

Wenn es darum geht, globale soziale Rechte und das Gemeinwohl einzulösen, spielt - und dies ist das dritte Element feministischer Übergangsszenarien – die Rückgewinnung des Öffentlichen und von Gemeingütern eine bedeutende Rolle. Öffentliche Güter müssen vor Privatisierung und Finanzialisierung geschützt werden, denn dann können Zugangsregeln und Kontrolle nicht mehr demokratisch ausgehandelt werden.

In der Zielvorstellung der Versorgungsökonomien, nämlich „gutes Leben“ mit Zeit- und Versorgungswohlstand, treffen sich die Ideen überwiegend westlicher feministischer Ökonominen mit dem *Buen-vivir*-Konzept indigener Völker in Lateinamerika, das menschliche Grundrechte und Eigenrechte der Biosphäre in Einklang bringen will.

Dagegen setzen viele Frauen aus den neuen Wachstumsökonomien China und Indien auf nachholende Entwicklung und hoffen im augenblicklichen Wirtschaftsboom ihrer Ländern sowohl auf einen Machtausgleich mit dem Norden als auch auf Emanzipation der Frauen auf und durch die Märkte. Sie wünschen sich eher einen New Deal zur Armutsreduktion, sozialen Sicherheit und Geschlechtergleichheit im System. Stimmen wie die von Arundhati Roy, die in gandhianischer Tradition für Genügsamkeit und gegen die Marktdiktate plädieren, sind derzeit im Chor der konsumgerigen und wachstumsoptimistischen Mittelschichten selten.